



Stadt Hagenow



Niederschrift

Außerordentliche Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 22.10.2018, 18:00 Uhr
Raum, Ort:	Raum 109, Lange Straße 28-32, 19230 Hagenow
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Vorsitz

Herr Klaus Jensen - CDU

Mitglieder des Gremiums

Herr Klaus-Dieter Mau - CDU bis TOP 6

Frau Petra Lampe - DIE LINKE

Herr Hartwig Wrankmore - DIE LINKE

Herr Michael Wodke - SPD

Verwaltung

Herr Thomas Möller - Bürgermeister bis TOP 6

Herr Erik Hofmann - Stadtrat

Herr Roland Hochgesandt - Stadtrat

Herr Roland Masche - Wirtschaftsförderer/Controller bis TOP 6

Abwesende:

Verwaltung

Frau Sylvia Risch - Teamleiterin entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 27.08.2018
- 5 Abhandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils
- 5.1 Information der Verwaltung
- 6 Beratung zum Haushaltsplanentwurf mit Stellenplan 2019
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 8 Schließung des öffentlichen Teils

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen der Einwohner.

3. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Jensen beantragt den Tagesordnungspunkt 6 "Information der Verwaltung" vorzuziehen und als Punkt 5.1 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

5	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

4. Billigung der Sitzungsniederschrift vom 27.08.2018

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Einwände bzw. Änderungen gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	1	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

5. Abhandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils

5.1. Information der Verwaltung

Herr Möller informiert, dass er bei der letzten Sitzung mit dem Amt Hagenow-Land vorgeschlagen hat, beim Amtsausschuss nochmal aufgrund des gemeinsamen Standesamts vorzusprechen. Der Amtsausschuss findet heute um 19:30 Uhr statt. Mit dem Beschluss der Stadtvertretung vom 13.09.2018 wurde der Bürgermeister beauftragt Verhandlungen mit dem Amt zu dem Thema „Zusammenlegung der Standesämter der Stadt Hagenow und des Amtes Hagenow-Land zum 01.01.2019“ aufzunehmen. In den letzten Wochen fanden einige Gespräche diesbezüglich statt. Als Problem stellt sich allerdings die Kostenfrage heraus, da niemand der beiden Verhandlungspartner einen Mehraufwand in Kauf nehmen will. Lt. § 1 Gesetz zur Aus-

führung des Personenstandsgesetzes müssen kreisfreie Städte, Ämter und amtsfreie Gemeinden, die einen gemeinsamen Standesamtsbezirk bilden, die Kosten entsprechend dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl tragen. Dies würde zur Folge haben, dass das Amt Hagenow-Land mit einem großen Minus aus den Verhandlungen gehen würde. Es muss verhandelt werden, wie hoch die Erstattung vom Amt sein wird. Fakt ist aber, dass aus Sicht der Stadt die Erstattung mindestens 50.000 € betragen muss. Es wurden Analysen und Fallzahlen der letzten Jahre ausgewertet. Es würden 3 Vollzeitstellen dem gemeinsamen Standesamt Bezirk zugeteilt werden. Herr Möller zeigt die gesamten Kostenhochrechnungen auf. Herr Mau vergewissert sich, ob er mit seiner Rechnung, dass die Kosten der Stadt bei ca. 160.000 € liegen würden, richtig liegt. Herr Möller bejaht das. Herr Mau fragt, wie hoch die aktuellen Kosten der Stadt sind. Herr Hofmann informiert, dass das Amt momentan Kosten von 26.000 € hat. Frau Lampe fragt, wie die Kosten so gering sein können. Herr Möller antwortet, dass die Fallzahlen sehr niedrig sind. Herr Mau stellt klar, dass das überhaupt nicht wichtig sei. Er wolle wissen wie viel Mehrkosten die Stadt Hagenow dadurch stemmen müsste. Herr Möller erklärt, dass die momentanen Kosten bei ca. 150.000 € liegen. Stimmt das Amt der Erstattung in der vorgeschlagenen Höhe zu, würden die Mehrkosten der Stadt dementsprechend bei 10.000 € liegen. Herr Mau appelliert nochmal an alle, dass diese Verhandlungen schon seit Jahren geführt werden und es nie zu einem Ergebnis gekommen ist. Man muss langsam mal zu einer Einigung kommen. Zusätzlich kommt die Frage auf, unter welchen Voraussetzungen der Standesamt Bezirk wieder aufgelöst werden kann. Herr Hofmann antwortet, dass der Vertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden kann. Herr Mau erklärt, dass man darüber nachdenken sollte diese Frist zu verlängern, damit der Vertrag nicht kurzfristig gekündigt werden kann. Die vertragliche Bindung sollte daher wichtiger sein, als die aufkommenden Kosten. Frau Lampe ist der gleichen Meinung wie Herr Mau. Herr Jensen erklärt, dass es langfristig zu Kosteneinsparungen kommen muss. Herr Wrانkmore erklärt, dass das Amt ihrerseits bei hohen Mehraufwendungen nicht einverstanden sein wird. Herr Möller erinnert nochmal an die Stadtvertreter Sitzung, dass es durch den gemeinsamen Standesamt Bezirk zu keinen Mehrkosten für die Stadt kommen soll.

Herr Möller informiert, dass die Verwaltung beabsichtigt eine Sondersitzung der Stadtvertretung durchzuführen, damit der Haushalt in diesem Jahr noch beschlossen werden kann. Alles weitere erfolgt im Laufe der Sitzung.

Herr Hochgesandt informiert, dass der 1. Bauabschnitt für die Ausstellung des Museums deutlich über den Wertansatz liegt. Die Finanzierung ist trotzdem gesichert. Vermutlich wird man auch bei den Baukosten anderer Investitionsvorhaben eine deutliche Kostensteigerung hinnehmen müssen.

Die Klimaanlage im „IT-Raum“ ist ausgefallen und muss schnellstmöglich repariert werden. Auch hier ist die Finanzierung durch Deckungsbeiträge gesichert.

Herr Hofmann informiert, dass heute der erste Termin der „Arbeitsgruppe elektronische Vergabe“ stattfand. Ab 01.01.2019 müssen alle Verfahren der Vergabe elektronisch erfolgen. Vor kurzem fand eine Informationsveranstaltung der IHK dazu statt. Zuerst ist zu klären welche Plattform die Stadt Hagenow dafür nutzen will. Die ganze Umstellung und Einarbeitung wird ohne externe Hilfe abgearbeitet. Dazu soll eine zentrale Vergabestelle eingerichtet werden. Herr Wodke fragt, ob zusätzliche Soft- oder Hardware angeschafft werden muss. Herr Hofmann antwortet, dass diese Plattformen internetgeführt sind und deshalb keine zusätzlichen Investitionen notwendig sind.

6. Beratung zum Haushaltsplanentwurf mit Stellenplan 2019

Herr Hochgesandt zeigt zunächst den Gesamtergebnishaushalt vor den Haushaltsberatungen. Es wird im Sommer 2019, aufgrund von Informationen des Städte- und Gemeindetag und des Innenministeriums, eine Ergänzung der Gemeindehaushaltsverordnung geben. Nach dieser Ergänzung soll dem Ausgleich des Ergebnishaushaltes weniger Bedeutung zugemessen werden. Herr Hochgesandt zeigt den Gesamtergebnishaushalt nach den Haushaltsberatungen und erläutert die Veränderungen. Der Fehlbetrag im Jahr 2019 soll durch einen geringeren Personalkostenansatz ausgeglichen werden. Allerdings werden die Spielräume für einen Haushaltsausgleich immer geringer. Es werden die durchschnittlichen Hebesätze, die für die Jahre 2018 und 2019 gelten, gezeigt. Ab 2020 wird es wieder neue Hebesätze geben. Die Verwaltung plant mit einer Erhöhung der Grundsteuer A auf 450 v.H. und B auf 410 v.H. (Landesdurchschnitt 396v.H.) im Jahr 2019. Herr Mau fragt, wann die letzte Erhöhung durchgeführt wurde. Herr Hochgesandt antwortet, dass sie im Jahr 2016 stattfand. Frau Lampe fragt, ob man, aufgrund der neuen durchschnittlichen Hebesätze im Jahr 2020, wieder erhöhen müsste. Herr Hochgesandt stellt klar, dass man das nicht voraussagen kann. Herr Mau fragt, wie man eine Steuererhöhung in der heutigen Zeit den Bürgern erklären soll. Herr Jensen hält es auch für falsch die Hebesätze der Steuern zu erhöhen. Die Fehlbeträge müssen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Herr Wodke erklärt das Problem der momentanen Struktur. Die Ertragsstruktur geht jedes Jahr runter und die Kostenstruktur jedes Jahr hoch. Herr Hochgesandt stellt klar, dass die Steuereinnahmen der größte Posten ist und dass an anderen Stellen keine großen Erträge erwirtschaftet werden können und dürfen. Frau Lampe fragt, ob man an dieser negativen Struktur überhaupt was ändern kann. Herr Hochgesandt antwortet, dass die Einflussmöglichkeiten sehr gering sind. Herr Jensen bittet die Fraktionen darüber abzustimmen, wie sie zu der Idee der Steuererhöhung stehen. Herr Wrangmore fragt wie hoch die Verluste aus dem Finanzausgleichsgesetz sein würden, wenn die Steuern nicht erhöht werden. Herr Hochgesandt antwortet, dass die aktuellen Zahlen aus dem Gesetz noch nicht da sind, man könne aber mit ca. 50.000 € rechnen. Die oben angesprochene Sondersitzung der Stadtvertretung soll am 20.12.2018 stattfinden, sodass es am 13.12.2018 einen gemeinsamen Finanz- und Hauptausschuss geben wird. Herr Wodke stellt auch klar, dass eine Steuererhöhung im Moment verheerend sein würde. Außerdem muss man zuerst auf die neuen Durchschnittszahlen im nächsten Jahr warten, sonst müsste man in einem Jahr wieder erhöhen. Frau Lampe schließt sich der Meinung an. Herr Mau fragt, wie hoch der minimale bzw. optimale Hebesatz aus Sicht der Verwaltung, nach derzeitiger Ansicht, sein würde. Herr Hochgesandt sieht bei der Grundsteuer A einen Hebesatz von 450 v.H. für angemessen. Herr Möller erklärt, anhand einer Pressemitteilung des Städte- und Gemeindetages, dass das Finanzausgleichsgesetz eventuell vorsieht, den Kommunen rückwirkend ab dem Jahr 2016 weniger Geld zur Verfügung zu stellen. Außer Rostock gibt es keine steuerstarke Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern. Herr Jensen schließt die Diskussion ab. Es wird von der Verwaltung gefordert, ein kurzes Anschreiben für die Fraktionsvorsitzenden anzufertigen.

Herr Hochgesandt setzt die Erläuterungen zu den Veränderungen des Gesamtergebnishaushaltes fort. Unter anderem werden die hohen Mindererträge bei den Essengeldern aufgezeigt. Frau Lampe fragt, ob es bei der Essensausgabe noch Aufwendungen gibt. Herr Hochgesandt antwortet, dass die Firma Dussmann und das Personal für die Essensausgabe in die Aufwendungen reinfließen. Allerdings ist nochmal zu prüfen, inwieweit das Personal bei der Essengeldkalkulation miteinberechnet wurde. Es wird bei den Entgeltverhandlungen ein weiteres Problem geben, nämlich dass der Landkreis diese Kosten nicht mehr anerkennen wird.

Herr Hochgesandt zeigt das Muster 5b, wo die Liquidität des gesamten Haushaltes dargestellt wird. Dieses Muster ist für die Beurteilung des Finanzhaushaltes von entscheidender Rolle. Es soll im nächsten Jahr noch kein Kredit aufgenommen werden.

Herr Hochgesandt zeigt die Liste mit den Werterhaltungsmaßnahmen und den Investitionen für 2019. Herr Mau fragt wie viel Stellplätze durch den Parkplatzneubau in Hagenow-Land entstehen. Herr Masche rechnet mit ca. 45 Plätzen. Herr Jensen fragt, ob das im Bauausschuss schon durchgesprochen wurde. Herr Hochgesandt verneint das. Es soll erst morgen besprochen werden. Herr Masche erklärt, dass die Förderung für den Willkommensplatz 80 % beträgt.

Herr Hochgesandt informiert über die Mehrkosten bei den Munitionsräumungen am Sudenhof und den zusätzlichen Eigenanteil für die Schulsportanlage am Mühlenteich, diese waren in der Investitionsaufstellung noch nicht enthalten. Des Weiteren werden die Budgets der Schulen und Kitas dargestellt.

Herr Masche zeigt einige nicht genannte Chancen auf. Zum einen wird momentan der B-Plan 41 ausgearbeitet, da ein Unternehmen starkes Interesse daran hat, dass dort ein Baurecht hergestellt wird. Zum anderen prognostiziert er, aufgrund der aktuellen Entwicklung, eine zusätzliche Gewinnausschüttung der Stadtwerke.

Herr Jensen erklärt, dass die Budgetierung in der Öffentlichkeit gut angekommen ist. Es wird die Idee geäußert eine weitere Budgetierung für die Ortsteile auszuhandeln.

Herr Jensen fragt, was hinter den Summen der Grundstückskäufe- und verkäufe steckt. Herr Hochgesandt erklärt die einzelnen Posten. Herr Jensen fragt, wie die aktuellen Entwicklungen des Eigenkapitals und der Rücklagen aussehen. Herr Hochgesandt antwortet, dass eine positive Entwicklung zu verzeichnen ist.

Herr Hofmann erläutert die Veränderungen zum Vorjahr in der Anlage 6 des Stellenplans 2019. Herr Jensen und Herr Wodke fragen, wie groß die Auswirkungen der Stellenveränderungen der Entgeltgruppe 9 sind. Die genauen Zahlen dazu werden nachgereicht. Herr Wodke fragt wie sich die Stelle des Rechnungsprüfers darlegt.

Herr Hofmann erklärt, dass es diesbezüglich bereits Diskussionen gab. Eine endgültige Lösung steht allerdings noch aus. Herr Hochgesandt stellt klar, dass die großen Städte im Umkreis nicht die Notwendigkeit sehen eigene Rechnungsprüfer einzustellen. Herr Hochgesandt und Herr Wodke bitten darum, dass die Stellenbeschreibung von Herrn Masche im aktuellen Stellenplan überarbeitet wird. Frau Lampe fragt, wo die neuen Auszubildenden der Kitas im Stellenplan ausgewiesen sind. Herr Hofmann antwortet, dass die Stellen fehlen und nachgearbeitet werden. Herr Wrankmore fragt, ob in jeder Einrichtung eine Auszubildende ist. Herr Hofmann bejaht das.

Herr Jensen fragt die Ausschussmitglieder abschließend, ob sie mit den vorgeschlagenen Terminen am 13.12. und 20.12.2018 einverstanden sind. Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

7. Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

8. Schließung des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 20:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Klaus Jensen
Vorsitz

Herr Adrian Zinalewski
Schriftführung